

Beschlussauszug an	Büro Bürgermeister Planen und Bauen
Sitzung	13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsdatum	14.12.2017
Tagesordnungspunkt	5
Vorlagen-Nr:	2017/0171/stv
Für die Richtigkeit des Auszuges:	(Lichterbeck) Amtsrätin 20.12.2017

Zu Punkt 5. der Tagesordnung

Resolution der Stadt Eschborn zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, Nähe Oberursel, Steinbach und Eschborn

Vorlage Nr.: 2017/0171/stv

Bürgermeister Geiger begründet die von ihm eingebrachte Resolution und bittet um Zustimmung.

Stadtverordneter Krüger erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Resolution des Bürgermeisters und übernimmt ihn als Antrag der FDP-Fraktion. Er sieht durch das geplante neue Baugebiet westlich der A5 eine Gefahr der Eingemeindung Eschborns durch Frankfurt. Er bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Gemeinsamer Änderungsantrag

Resolution der Stadt Eschborn zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, Nähe Oberursel, Steinbach und Eschborn

Der Antrag wird wie folgt geändert / ergänzt:

Titel: Antrag des Bürgermeisters und der FDP-Fraktion zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, angrenzend an Oberursel, Steinbach und Eschborn

Nr. 2 wird ersetzt durch:

Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber der Stadt Frankfurt und innerhalb der regionalen Gremien gegen ein Neubaugebiet westlich der BAB 5 – an der Gemarkungsgrenze zu Eschborn, Steinbach und Oberursel – auszusprechen und im weiteren Fortgang alle bestehenden Optionen zu nutzen, die Entstehung eines solchen Baugebiets zu verhindern. Darüber hinaus wird der Vertreter der Stadt Eschborn in der Verbandskammer des Regionalverbandes damit angewiesen, die Entwicklung eines solchen Baugebiets durch entsprechendes Abstimmungsverhalten abzulehnen.

(Entspricht Nr. 2 Änderungsantrag CDU)

Nr. 3 verbleibt. Nr. 3 Änderungsantrag CDU + Nr. 3 Änderungsantrag Grüne spiegeln sich bereits vollumfänglich wider. Der Begriff „Verhandlungsziele“ ist unschädlich.

Nr. 4 Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine Bürgerversammlung gem. § 8 HGO einzuberufen. Ziel der Versammlung ist es, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ausführlich über die Pläne der Stadt Frankfurt zu informieren.

(Entspricht Nr. 2 Änderungsantrag CDU + Nr. 4 Änderungsantrag Grüne).

Anmerkung:

Der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef stellt die Pläne bereits im Januar 2018 im Bauausschuss der Stadt Eschborn (öffentlich) vor. Ob er anschließend für eine weitere Veranstaltung zur Verfügung steht, muss ausgelotet werden.“

Stadtverordneter Krüger bittet um eine Sitzungsunterbrechung, wenn alle Änderungsanträge eingebracht sind, damit eventuell ein gemeinsamer Antrag verabschiedet werden kann.

Stadtverordnete Grade begründet die Ablehnung der Resolution für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damit, dass noch nicht alle Informationen vorlägen. Es sollte die Entscheidung Frankfurts abgewartet werden. Sie schlägt eine Bürgerversammlung mit Beteiligung von Vertretern der Stadt Frankfurt vor.

Stadtverordneter Brekner hält das neue Baugebiet für das falsche Signal und befürchtet umfängliche Auswirkungen für Eschborn. Er bringt folgenden Änderungsantrag ein:

„Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Resolution der Stadt Eschborn zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, Nähe Oberursel, Steinbach und Eschborn

1. Streiche in der Überschrift:
„Resolution der Stadt Eschborn“ und setze: Beauftragung und Anweisung des Magistrats und der städtischen Gremienvertreter.“
2. Streiche: Punkte 1 und 2 und setze:
„1. Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber der Stadt Frankfurt und innerhalb der regionalen Gremien gegen ein Neubaugebiet westlich der BAB 5 – an der Gemarkungsgrenze zu Eschborn, Steinbach und Oberursel – auszusprechen und im weiteren Fortgang alle bestehenden Optionen zu nutzen, die Entstehung eines solchen Baugebietes zu verhindern.
2. Der Vertreter der Stadt Eschborn in der Verbandskammer des Regionalverbandes wird damit angewiesen, mit „Nein“ zu stimmen, insoweit ein unter Punkt 1 beschriebener Beschluss zur Abstimmung gestellt wird.“
3. Streiche Punkt 3 und setze:
„Der Bürgermeister als Vorsitzender des Magistrats wird der Stadtverordnetenversammlung so zeitnah wie möglich über den Verfahrensstand auf allen Ebenen berichten sowie der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit geben, weitere Beschlüsse zu fassen.“
4. Setze als Punkt 4:
„Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine Bürgerversammlung gemäß § 8a HGO einzuberufen. Darin sollen die Bürger über die Pläne der Stadt Frankfurt am Main und die dazugehörige Position der Stadt Eschborn ausführlich informiert werden.“

Stadtverordneter Veeck bringt einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, FWE und DIE LINKE ein:

„Erklärung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn nimmt zu dem Vorhaben der Stadt Frankfurt am Main, im Nordwesten der Großstadt einen neuen Stadtteil auszuweisen, der direkt an die Gemarkung von Oberursel, Steinbach und Eschborn grenzt, wie folgt Stellung:

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die politisch Verantwortlichen haben von den Plänen der Stadt Frankfurt, beidseitig der Bundesautobahn 5 einen neuen Stadtteil mit Wohnraum für ca. 30.000 Menschen zu entwickeln, aus der Presse erfahren.

Selbstverständlich respektieren wir das Recht der Stadt Frankfurt, im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung ihre städtebauliche Entwicklung eigenverantwortlich zu gestalten.

Dennoch wäre aus Sicht der Stadt Eschborn eine frühe Kontaktaufnahme, und zwar vor Information der Öffentlichkeit, dringend geboten gewesen.

Der beabsichtigte neue Stadtteil der Stadt Frankfurt kann erhebliche städtebauliche und infrastrukturelle Auswirkungen auf die Stadt Eschborn haben.

Insbesondere die folgenden gravierenden Punkte müssen aus unserer Sicht einer Klärung zugeführt werden.

So dürfte die geplante Bebauung westlich der Bundesautobahn 5 nicht ohne Folgen für die schon bestehende erhebliche Verkehrsbelastung in Eschborn bleiben. Ebenso ist fraglich, ob ein so enges Zusammenwachsen der Städte in der Region wünschenswert ist. Einer Eingemeindung Eschborns stehen wir klar ablehnend gegenüber.

Insgesamt ist sehr verantwortungsvoll zu prüfen, welche Auswirkungen auf Verkehr und Umwelt in der Region die Planungen haben.

Die Städte Oberursel und Steinbach haben bereits ausführliche Resolutionen zum beabsichtigten neuen Frankfurter Stadtteil verabschiedet.

Die Stadt Eschborn hat den Planungsdezernenten der Stadt Frankfurt, Mike Josef, eingeladen, um der Stadt Frankfurt Gelegenheit zu geben, die eigenen Stadtentwicklungspläne, die ggfls. erheblich in die Planungshoheit der Stadt Eschborn eingreifen können, auch in Eschborn vorzustellen.

Nach dem Gespräch mit dem Planungsdezernenten im Januar 2018 werden wir uns ausführlich mit den aus der Planung resultierenden Fragen befassen. Wir setzen uns selbstverständlich dafür ein, dass die Interessen unserer Stadt hinreichend gewahrt werden.“

Die SPD-Fraktion wird der Resolution des Bürgermeisters nicht zustimmen. Stadtverordneter Veeck sieht die Gefahr einer Eingemeindung nach Frankfurt nicht.

Es folgen Redebeiträge der Stadtverordneten Depping und Grade.

Stadtverordneter Matthes beantragt eine Sitzungsunterbrechung für eine gemeinsame Beratung.

Die Sitzung wird von 21.11 Uhr bis 21.51 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung bringt Stadtverordneter Krüger folgenden gemeinsamen Antrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP sowie von Stadtverordnetem Jerger ein:

„Gemeinsamer Änderungsantrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP und von Stadtverordnetem Jerger

Resolution der Stadt Eschborn zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, Nähe Oberursel, Steinbach und Eschborn

Der Antrag wird sie folgt geändert / ergänzt:

Titel: Gemeinsamer Antrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP und von Stadtverordnetem Jerger zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, angrenzend an Oberursel, Steinbach und Eschborn

Nr. 2 wird ersetzt durch:

Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber der Stadt Frankfurt und innerhalb der regionalen Gremien gegen ein Neubaugebiet westlich der BAB 5 – an der Gemarkungsgrenze zu Eschborn, Steinbach und Oberursel – auszusprechen und im weiteren Fortgang alle bestehenden Optionen zu nutzen, die Entstehung eines solchen Baugebiets zu verhindern. Darüber hinaus wird der Vertreter der Stadt Eschborn in der Verbandskammer des Regionalverbandes damit angewiesen, die Entwicklung eines solchen Baugebiets durch entsprechendes Abstimmungsverhalten abzulehnen.

Nr. 3 verbleibt. Nr. 3 Änderungsantrag CDU + Nr. 3 Änderungsantrag Grüne spiegeln sich bereits vollumfänglich wider. Der Begriff „Verhandlungsziele“ ist unschädlich.

Nr. 4 Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine Bürgerversammlung gem. § 8 HGO einzuberufen. Ziel der Versammlung ist es, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ausführlich über die Pläne der Stadt Frankfurt zu informieren.“

Stadtverordneter Krüger beantragt namentliche Abstimmung über die Änderungsanträge.

Stadtverordnete Grade trägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen eigenen Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage 2017/0171/stv

„Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn nimmt zu dem Vorhaben der Stadt Frankfurt am Main, im Nordwesten der Großstadt einen neuen Stadtteil auszuweisen, der direkt an die Gemarkung von Oberursel, Steinbach und Eschborn grenzt, wie folgt Stellung:

Selbstverständlich respektiert Eschborn das Recht der Stadt Frankfurt, im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung ihre städtebauliche Entwicklung eigenverantwortlich zu gestalten.

In Gesprächen mit der Stadt Frankfurt und in den Stellungnahmen in den regionalen Gremien wird seitens Eschborn aber auch deutlich gemacht werden, dass die Stadt Eschborn in der Autobahn A5 eine Orientierung gebende Landmarke und städtebauliche Bebauungsgrenze sieht und eine sehr kritische Haltung zur von der Stadt Frankfurt westlich der A5 geplanten Siedlungsentwicklung vertritt. So dürfte eine geplante Bebauung westlich der Bundesautobahn 5 nicht ohne Folgen für die schon bestehende erhebliche Verkehrsbelastung in Eschborn bleiben. Ebenso ist fraglich, ob ein so enges Zusammenwachsen der Städte in der Region wünschenswert ist. Auf Basis der heute vorliegenden Informationen kann und werden Amts- und Mandatsträger der Stadt Eschborn keiner Siedlungsentwicklung westlich der A5 zustimmen.

2. Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, neben dem Besuch des zuständigen Planungsdezernenten Mike Josef im Bau- und Umweltausschuss am 24.01.2018 zum normalen Termin im Mai 2018 eine Bürgerversammlung gem. § 8a HGO einzuberufen und hierzu auch auskunftsfähige Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, wie z. B. Mike Josef einzuladen. Ziel des Besuches des Bauausschusses wie auch der Versammlung sind eine frühzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger und Meinungsbildung der Stadt Eschborn zu den Plänen der Stadt Frankfurt.
3. Der Magistrat informiert die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig und im Rahmen von Beschlussvorlagen über den Fortgang der Frankfurter Planungen und deren Beratung in den regionalen Gremien.“

Stadtverordneter Brekner bedauert es, dass kein einheitliches Signal nach Frankfurt und die Umlandgemeinden gesendet werden kann. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen.

Stadtverordneter Veeck bedankt sich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Art der Herangehensweise und bedauert auch, dass kein gemeinsames Ergebnis möglich ist. Er zieht den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, FWE und DIE LINKE zurück.

Stadtverordneter Bauer stellt folgenden Änderungsantrag:

Änderungsantrag des Stadtverordneten Bauer (klartext) zur Vorlage 2017/0171/stv

„Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Vorbemerkungen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn nimmt zu dem Vorhaben der Stadt Frankfurt am Main, im Nordwesten einen neuen Stadtteil auszuweisen, der direkt an die Gemarkungen von Oberursel, Steinbach und Eschborn grenzt, wie folgt Stellung:

Bürgerschaft sowie Mandatsträger haben von den Plänen der Stadt Frankfurt, beidseitig der Bundesautobahn 5 einen neuen Stadtteil mit Wohnraum für ca. 30.000 Menschen zu entwickeln, aus der Presse erfahren.

Selbstverständlich wird das Recht der Stadt Frankfurt, im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung ihre städtebauliche Entwicklung eigenverantwortlich zu gestalten, in Eschborn respektiert. Dennoch wäre aus Sicht der Stadt Eschborn eine frühe Kontaktaufnahme, und zwar vor Information der Öffentlichkeit, dringend geboten gewesen.

Der beabsichtigte neue Stadtteil der Stadt Frankfurt kann erhebliche städtebauliche und infrastrukturelle Auswirkungen auf die Stadt Eschborn haben. Deshalb müssen insbesondere die folgenden gravierenden Punkte aus unserer Sicht einer Klärung zugeführt werden:

- Wie wirkt sich die geplante Bebauung westlich der Bundesautobahn 5 auf die schon bestehende erhebliche Verkehrsbelastung in Eschborn aus?
- Ist ein so enges Zusammenwachsen der Städte in der Region wünschenswert?
- Den Ausschluss einer Eingemeindung Eschborns mit der expandierten Stadt Frankfurt muss die Stadt Frankfurt vertraglich garantieren.
- Insgesamt muss verantwortungsvoll geprüft werden, welche Auswirkungen auf Verkehr und Umwelt in der Region die Planungen haben.

Die Städte Oberursel und Steinbach haben bereits ausführliche Resolutionen zum beabsichtigten neuen Frankfurter Stadtteil verabschiedet.

Die Stadt Eschborn hat den Planungsdezernenten der Stadt Frankfurt, Mike Josef, eingeladen, um der Stadt Frankfurt Gelegenheit zu geben, die eigenen Stadtentwicklungspläne, die ggfls. erheblich in die Planungshoheit der Stadt Eschborn eingreifen können, auch in Eschborn vorzustellen.

Nach dem für Januar 2018 vorgesehenen Gespräch mit dem Frankfurter Planungsdezernenten werden wir uns ausführlich mit den aus der Planung resultierenden Fragen befassen und darauf achten, dass die Interessen unserer Stadt hinreichend gewahrt werden.

1. Die Beschlussfassung zur Vorlage des Bürgermeisters wird zurückgestellt, bis dem Magistrat und den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis der Beschlussfassung der am heutigen 14.12.2017 tagenden 19. Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt zum dort auf TOP 9 aufgerufenen Punkt „Frankfurt-Nordwest (Gemarkung Niederursel und Praunheim), vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 (4) BauGB“ vorliegt und darüber beraten wurde.

2. Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine Bürgerversammlung gem. § 8a HGO einzuberufen und hierzu auch auskunftsfähige Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, wie z. B. den zuständigen Planungsdezernenten Mike Josef einzuladen. Ziel der Versammlung ist eine frühzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger und Meinungsbildung der Stadt Eschborn zu den Plänen der Stadt Frankfurt.
3. Der Magistrat hat die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig und im Rahmen von Beschlussvorlagen über den Fortgang der Frankfurter Planungen und deren Beratung in den regionalen Gremien zeitnah und umfassend zu informieren.
4. In Gesprächen und Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt und den Stellungnahmen in den regionalen Gremien ist deutlich zu machen, dass die Stadt Eschborn in der Autobahn A5 eine Orientierung gebende Landmarke und städtebauliche Planungsgrenze sieht und eine kritische Haltung zur von der Stadt Frankfurt westlich der A5 geplanten Siedlungsentwicklung vertritt. Auf Basis der heute vorliegenden Informationen werden Amts- und Mandatsträger der Stadt Eschborn keiner Siedlungsentwicklung westlich der A5 zustimmen.“

Es folgt ein Redebeitrag von Stadtverordnetem Jerger.

Die Sitzung wird für eine kurze Beratung von 22.14 Uhr bis 22.17 Uhr unterbrochen.

Stadtverordnetenvorsteher Birkert lässt über die beiden Änderungsanträge namentlich abstimmen:

1. Gemeinsamer Änderungsantrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP und von Stadtverordnetem Jerger

Abstimmung:

Titel: Gemeinsamer Antrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP und von Stadtverordnetem Jerger zum beabsichtigten Neubaugebiet bzw. neuen Stadtteil der Stadt Frankfurt am Main westlich der Bundesautobahn (BAB) 5, angrenzend an Oberursel, Steinbach und Eschborn

Nr. 2 wird ersetzt durch:

Der Magistrat wird beauftragt, sich gegenüber der Stadt Frankfurt und innerhalb der regionalen Gremien gegen ein Neubaugebiet westlich der BAB 5 – an der Gemarkungsgrenze zu Eschborn, Steinbach und Oberursel – auszusprechen und im weiteren Fortgang alle bestehenden Optionen zu nutzen, die Entstehung eines solchen Baugebiets zu verhindern. Darüber hinaus wird der Vertreter der Stadt Eschborn in der Verbandskammer des Regionalverbandes damit angewiesen, die Entwicklung eines solchen Baugebiets durch entsprechendes Abstimmungsverhalten abzulehnen.

Nr. 3 verbleibt. Nr. 3 Änderungsantrag CDU + Nr. 3 Änderungsantrag Grüne spiegeln sich bereits vollumfänglich wider. Der Begriff „Verhandlungsziele“ ist unschädlich.

Nr. 4 Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine Bürgerversammlung gem. § 8 HGO einzuberufen. Ziel der Versammlung ist es, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ausführlich über die Pläne der Stadt Frankfurt zu informieren.

Namentliche Abstimmung betreffend gemeinsamer Änderungsantrag von Bürgermeister Geiger, den Fraktionen von CDU und FDP und von Stadtverordnetem Jerger

	Ja	Nein	Enthaltung
1. Ackermann, Christoph Hauptstraße 55 a	x		

		Ja	Nein	Enthaltung
2.	Bauer, Michael		x	
3.	Baumgardt, Jörg		x	
4.	Beck, Daniela		x	
5.	Birkert, Reinhard		x	
6.	Blomberg, Joachim		x	
7.	Dr. Blum-Geenen, Sabine		x	
8.	Brekner, Sebastian	x		
9.	Dr. Buß, Dietrich		x	
10.	Dr. Christoph, Annette	-	-	-
11.	Depping, Markus	x		
12.	Engler, Ralf	x		
13.	Fritsch, Susanne	x		
14.	Geiger, Michael	x		
15.	Göbbels, Heinz A.	x		
16.	Grade, Bärbel		x	
17.	Henrich, Klaus Peter		x	
18.	Herkströter, Christian	x		
19.	Herkströter, Christine	x		
20.	Hirsch, Nils-David		x	
21.	Hornung, Fritz-Walter		x	
22.	Jerger, Dietmar	x		
23.	Krüger, Fritz W.	x		
24.	Kutscher, Silke		x	
25.	Matthes, Thomas		x	
26.	Nassabi, Dorothea		x	
27.	Oberlis, Christian	x		
28.	Odenwald, Angelika	-	-	-
29.	Pritz, Patricia	x		
30.	Richter, Ulrike		x	
31.	Rümann-Heller, Jutta	x		
32.	Sauter, Eva		x	
33.	Dr. Schnorpfeil, Willi		x	
34.	Seidel, Regine		x	
35.	Steinhäuser, Dirk		x	
36.	von Sternheim, Markus	x		
37.	Veeck, Bernhard		x	

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen :15
 Nein-Stimmen :20

2. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage 2017/0171/stv

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn nimmt zu dem Vorhaben der Stadt Frankfurt am Main, im Nordwesten der Großstadt einen neuen Stadtteil auszuweisen, der direkt an die Gemarkung von Oberursel, Steinbach und Eschborn grenzt, wie folgt Stellung:

Selbstverständlich respektiert Eschborn das Recht der Stadt Frankfurt, im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung ihre städtebauliche Entwicklung eigenverantwortlich zu gestalten.

In Gesprächen mit der Stadt Frankfurt und in den Stellungnahmen in den regionalen Gremien wird seitens Eschborn aber auch deutlich gemacht werden, dass die Stadt Eschborn in der Autobahn A5 eine Orientierung gebende Landmarke und städtebauliche Bebauungsgrenze sieht und eine sehr kritische Haltung zur von der Stadt Frankfurt westlich der A5 geplanten Siedlungsentwicklung vertritt. So dürfte eine geplante Bebauung westlich der Bundesautobahn 5 nicht ohne Folgen für die schon bestehende erhebliche Verkehrsbelastung in Eschborn bleiben. Ebenso ist fraglich, ob ein so enges Zusammenwachsen der Städte in der Region wünschenswert ist. Auf Basis der heute vorliegenden Informationen kann und werden Amts- und Mandatsträger der Stadt Eschborn keiner Siedlungsentwicklung westlich der A5 zustimmen.

2. Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, neben dem Besuch des zuständigen Planungsdezernenten Mike Josef im Bau- und Umweltausschuss am 24.01.2018 zum normalen Termin im Mai 2018 eine Bürgerversammlung gem. § 8a HGO einzuberufen und hierzu auch auskunftsfähige Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, wie z. B. Mike Josef einzuladen. Ziel des Besuches des Bauausschusses wie auch der Versammlung sind eine frühzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger und Meinungsbildung der Stadt Eschborn zu den Plänen der Stadt Frankfurt.
3. Der Magistrat informiert die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig und im Rahmen von Beschlussvorlagen über den Fortgang der Frankfurter Planungen und deren Beratung in den regionalen Gremien.

Namentliche Abstimmung betreffend Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage 2017/0171/stv

		Ja	Nein	Enthaltung
1.	Ackermann, Christoph		x	
2.	Bauer, Michael		x	
3.	Baumgardt, Jörg	x		
4.	Beck, Daniela	x		
5.	Birkert, Reinhard	x		
6.	Blomberg, Joachim	x		
7.	Dr. Blum-Geenen, Sabine	x		
8.	Brekner, Sebastian		x	
9.	Dr. Buß, Dietrich	x		
10.	Dr. Christoph, Annette	-	-	-

		Ja	Nein	Enthaltung
11.	Depping, Markus		x	
12.	Engler, Ralf		x	
13.	Fritsch, Susanne		x	
14.	Geiger, Michael		x	
15.	Göbbels, Heinz A.		x	
16.	Grade, Bärbel	x		
17.	Henrich, Klaus Peter	x		
18.	Herkströter, Christian		x	
19.	Herkströter, Christine		x	
20.	Hirsch, Nils-David	x		
21.	Hornung, Fritz-Walter	x		
22.	Jerger, Dietmar		x	
23.	Krüger, Fritz W.		x	
24.	Kutscher, Silke	x		
25.	Matthes, Thomas	x		
26.	Nassabi, Dorothea	x		
27.	Oberlis, Christian		x	
28.	Odenwald, Angelika	-	-	-
29.	Pritz, Patricia		x	
30.	Richter, Ulrike	x		
31.	Rümann-Heller, Jutta		x	
32.	Sauter, Eva	x		
33.	Dr. Schnorpfeil, Willi	x		
34.	Seidel, Regine	x		
35.	Steinhäuser, Dirk	x		
36.	von Sternheim, Markus		x	
37.	Veeck, Bernhard	x		

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen :19
 Nein-Stimmen :16

Die Abstimmung über den Antrag von Stadtverordnetem Bauer (klartext) hat sich somit erledigt.

In einem kurzen Schlusswort bedauert Bürgermeister Geiger, dass es zu keiner klaren Einigung gekommen ist.